Stadt Wuppertal
Der Oberbürgermeister

Bericht	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend, Schule & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 204 - Zuwanderung und Integration
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Suna Lenz +49 202 563 2679 Suna.Lenz@stadt.wuppertal.de
	Datum:	26.08.2024
	Drucks.-Nr.:	**VO/1040/24** öffentlich

Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
05.09.2024	**Integrationsausschuss**	**Entgegennahme o. B.**

Fortschrittsbericht der Ausländerbehörde (ABH)

Grund der Vorlage

Beschluss vom 20.06.2024 zur Vorlage VO/0802/24.

Beschlussvorschlag

Die Vorlage wird ohne Beschluss entgegengenommen.

Unterschrift

Matthias Nocke

Begründung

Berichterstattung zur Situation in der Ausländerbehörde (ABH)

Die Berichterstattung zur Situation in der Ausländerbehörde (ABH) beinhaltet Informationen zu wichtigen Parametern, die geeignet sind, den Fortschritt bei der Behebung der organisationalen, personellen und technischen Probleme in der ABH darzustellen.
Folgende Parameter sollen in der regelmäßigen Berichterstattung betrachtet werden:

1. **Personalsituation**

   Personal in Zahlen:

   In der Ausländerbehörde gibt es 112 Vollzeitäquivalente (VZ), von denen zum heutigen Stand 7,4 Stellen nicht besetzt sind. Das entspricht einer Besetzungsquote von 94% (Anfang 2023 lag die Quote noch bei 78%).

   Derzeit haben wir einen sehr hohen Krankenstand in der ABH. Von kurzfristigen tageweisen Ausfällen bis hin zu langfristigen Ausfällen sind alle Ausprägungen vorhanden.

   Derzeit laufen weitere Ausschreibungsverfahren für die offenen Stellen. Dazu kommen interne Ausschreibungen für Krankheitsvertretungen, jedoch sind diese aufgrund der ungewissen Perspektive keine attraktiven Stellen.

   Fluktuation: Seit Anfang 2024 haben uns drei Kolleg*innen verlassen.

2. **Digitalisierung:**

   Laufende Digitalisierungsprojekte:

   Derzeit laufen die Digitalisierungsarbeiten in der Ausländerbehörde und im Team Einbürgerung.
   In der Ausländerbehörde liegt der Schwerpunkt der Digitalisierungsarbeiten auf der Einführung der E-Akte, der Einführung des Dokumenten-Management-Systems (DMS) und der Arbeit mit dem digitalen Posteingang. Später werden weitere Digitalisierungspotentiale wie die Einführung der digitalen Antragstellung und die Verbindung der E-Akte mit der Fachanwendung ADVIS ausgeschöpft, wenn die entsprechenden technischen Lösungen entwickelt werden können. Auf den Zeitpunkt haben wir leider keinen Einfluss, da diese Bausteine an anderer Stelle entwickelt werden. Derzeit ist bereits die Hälfte der 65.000 Akten zum Scannen vorbereitet und dem Scandienstleister übergeben worden. Neben den 12 Studentischen Hilfskräften, die für die Erstellung der Deckblätter für den Scanvorgang beschäftigt werden, sind alle Mitarbeiter*innen in die Vorbereitung und Bereinigung der Akten eingebunden. Eine operative Steuerung des Projekts erfolgt in einer Arbeitsgruppe in der Ausländerbehörde mit der Unterstützung des Amtes für Informationstechnik und Digitalisierung. Für einen begrenzten Zeitraum ist die Arbeit an höchstens zwei Samstagen pro Monat je Mitarbeiter*in möglich, damit an Samstagen entweder die Digitalisierungsarbeiten fortgeführt, oder die Rückstände weiter abgebaut werden.

Ab Mitte September beginnen die Schulungen der Mitarbeiter*innen der ABH für die Arbeit mit der Fallakte im DMS und der Bearbeitung des digitalen Posteingangs. Aufgrund der Doppelbelastung der Kolleg*innen der ABH und der beständig hohen krankheitsbedingten Ausfälle wird es bis zum Abschluss der Digitalisierungsarbeiten und der friktionsfreien Arbeit mit der E-Akte zu Verzögerungen und Einschränkungen in der Arbeit der ABH kommen.
Im Team Einbürgerung ist bereits die Arbeit mit der Digitalen Akte im DMS und der digitale Posteingang eingeführt worden, so dass alle Anträge, die seit Anfang Juli eingehen, digital bearbeitet werden können. Daneben werden die 8.000 unbearbeiteten Bestandsakten ebenfalls bis Anfang Dezember 2024 eingescannt und im DMS als E-Akte zur digitalen Bearbeitung abgelegt. Auch hier warten wir auf die Entwicklung des digitalen Antragseingangs und der Schnittstelle zwischen DMS und Fachanwendung ADVIS. Die Digitalisierung der Einbürgerung wurde dafür genutzt, die IST-Prozesse in den Arbeitsabläufen zu analysieren und einen neuen SOLL-Arbeitsprozess zu entwickeln, um die bisherigen Arbeitsprozesse effizienter zu gestalten. Daneben hat es weitere Verbesserungen in der Arbeitsorganisation und intensive Schulungen in rechtlichen Fragen gegeben.
Zur zentralen Ausschreibung für die Vergabe der Entwicklung und Implementierung eines neuen Online-Terminvergabe-Tools gibt es keinen neuen Sachstand. Hier liegt die Federführung im Geschäftsbereich 5. Über neue Sachstände wird im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung im Integrationsausschuss berichtet werden.

3. **Beschwerdemanagement:**

Die Stelle der Referent*in der Ressortleitung, die mitunter auch für die Entwicklung eines Beschwerdemanagementsystems für die Ausländerbehörde zuständig sein wird, konnte im Juli 2024 erfolgreich besetzt werden. Die neue Mitarbeiterin wird nun die Struktur der Beschwerden analysieren und technische und organisatorische Lösungen für die zielgerichtete Zuleitung und effektive Bearbeitung von Beschwerden entwickeln. Über die weiteren Schritte und Lösungen wird im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung berichtet.

4. Situation in ausgewählten Teams:

Team Einbürgerung:

Die Personalsituation ist in der Einbürgerung derzeit besonders kritisch. Zurzeit besteht das Team aus 11 Stellen, die Teamleitung ist langfristig ausgefallen und wird von einer kommissarischen Teamleitung vertreten, von den sechs Stellen im mittleren Dienst sind zwei derzeit nicht besetzt, von den vier Kräften im gehobenen Dienst wird uns eine Kollegin im November verlassen. Außerdem ist eine Start-NRW-Kraft im Team beschäftigt, die wir auf einer der freien Stellen im mittleren Dienst ab Oktober 2024 übernehmen. Drei Mitarbeiter*innen im mittleren Dienst sind zwischenzeitlich längerfristig krankheitsbedingt ausgefallen, so dass im Team phasenweise eine Mitarbeiterin im mittleren Dienst faktisch anwesend war. Die Urlaubszeit hat zusätzlich zu weiteren Einschränkungen im Dienstbetrieb geführt.
Die Antragzahlen sind konstant hoch – zum einen aufgrund der erhöhten Zahl der Anspruchsberechtigten aus dem Kreis der 2014/ 2015 nach Deutschland geflüchteten Menschen, zum anderen aufgrund des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes, das verschiedene Vereinfachungen ebenfalls die Zahl der Anspruchsberechtigten erhöht hat.
Die Zahl der noch nicht abschließend bearbeiteten Anträge liegt in der Einbürgerung bei ca. 8.000. Bei einer Einbürgerungsrate von ca. 850 bis 1.000 Anträgen pro Jahr ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass die rückständigen Anträge mit der bestehenden Zahl an Mitarbeiter*innen in den nächsten Jahren nicht zu bewältigen ist.
Um dieser Situation zu begegnen, sind sechs überplanmäßige Stellen beim Verwaltungsvorstand beantragt worden. Derzeit laufen die Gespräche noch.

Sachgebiet Allgemeines Aufenthaltsrecht:

Das Sachgebiet konnte in den vergangenen 12 Monaten zahlreiche Stellen neu besetzen. Hier läuft die Einarbeitung der neuen Mitarbeiter*innen noch weiter. Für die weitere Besetzung noch offener Stellen wird derzeit auch über die Umsetzung eines Traineeprogramms mit dem Personalamt verhandelt.
Nachdem die zuvor bestehenden drei Teams zu einem Sachgebiet zusammengelegt wurden, sind nun die stellvertretenden Sachgebietsleitungsstellen im Besetzungsverfahren.
Die Arbeitsorganisation im Team ist weiter verbessert und die Arbeit auf drei Bereiche aufgeteilt worden: Aufenthaltsrecht, Ordnungsrecht und Familienzusammenführung.
In einer sachgebietsinternen Arbeitsgruppe wurde unter der Federführung der Sachgebietsleiterin ein Controlling-Instrument entwickelt, um die Rückstände, die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten und die Verzögerungsgründe in der Sachbearbeitung im Sachgebiet zu erfassen. Nachdem das Controlling-Instrument auch mit dem Personalrat erörtert und dessen Zustimmung eingeholt werden konnte, wird es nun ab September 2024 im Sachgebiet als Pilot zum Einsatz gebracht. Mit validen Daten und daraus abzuleitenden Verbesserungen ist erst in frühestens einem halben Jahr zu rechen. Über die Fortschritte wird in den nächsten Monaten berichtet werden. Die Übernahme des Controlling-Instruments in den Teams Einbürgerung und Fachkräfte- und Firmenservice ist nach Erprobung geplant.

Nach Besetzung aller offenen Stellen und Einarbeitung aller neuen Mitarbeiter*innen ist hier auch die Stellenbemessung kritisch zu prüfen, da auch hier davon auszugehen ist, dass weitere Stellen – insbesondere durch höherer Familienzusammenführungsfälle infolge des neuen Fachkräftezuwanderungsgesetzes, das Zuwanderung von Fachkräften erleichtern soll – benötigt werden.

Team Fachkräfte- und Firmenservice:

Das Team Fachkräfte- und Firmenservice ist im Mai 2024 gemeinsam mit dem Team Arbeitsmarktintegration des Kommunalen Integrationszentrums an den neuen Standort der „Servicestelle Arbeits- und Fachkräfte des Ressorts Zuwanderung und Integration“ gezogen. Das Team besteht derzeit aus zehn Planstellen (eine Teamleitung, zwei Kräften im gehobenen Dienst und sechs Kräften im mittleren Dienst) besteht, wobei drei von ihnen aus dem Serviceteam an den neuen Standort versetzt wurden, da auch Aufgaben aus dem Serviceteam an den neuen Standort verlagert wurden. Eine Stelle im mittleren Dienst durch Fluktuation freigeworden. Das Team wird außerdem von zwei Start-NRW-Kräften unterstützt, wobei eine Start-NRW-Kraft nun auf die freie Stelle übernommen werden soll. Die zweite Start-NRW-Kraft kann derzeit leider nicht übernommen werden, da keine weiteren Stellen verfügbar sind. Der aktuelle Rückstand im Team liegt derzeit bei ca. 1.000 Anträgen. Das neue Fachkräftezuwanderungsgesetz hat zu einer deutlichen Zunahme der Anträge geführt. Auch wenn die Digitalisierung auch hier zu einer Verkürzung der Bearbeitungszeiten führen wird, ist mit einer Verbesserung der Situation ohne zusätzliche Stellen in den nächsten Jahren nicht möglich. In den Haushaltsberatungen 2024/2025 beantragte zusätzliche Stellen sind nicht genehmigt worden. Mit einer weiteren Zunahme der Anträge ist aufgrund des hohen Fachkräftemangels zu rechnen.

Klimacheck

Hat das Vorhaben eine langfristige Auswirkung auf den Klimaschutz und/oder die Klimafolgenanpassung?

x neutral /nein

☐ ja, positive Auswirkungen

☐ ja, negative Auswirkungen

Begründung: